

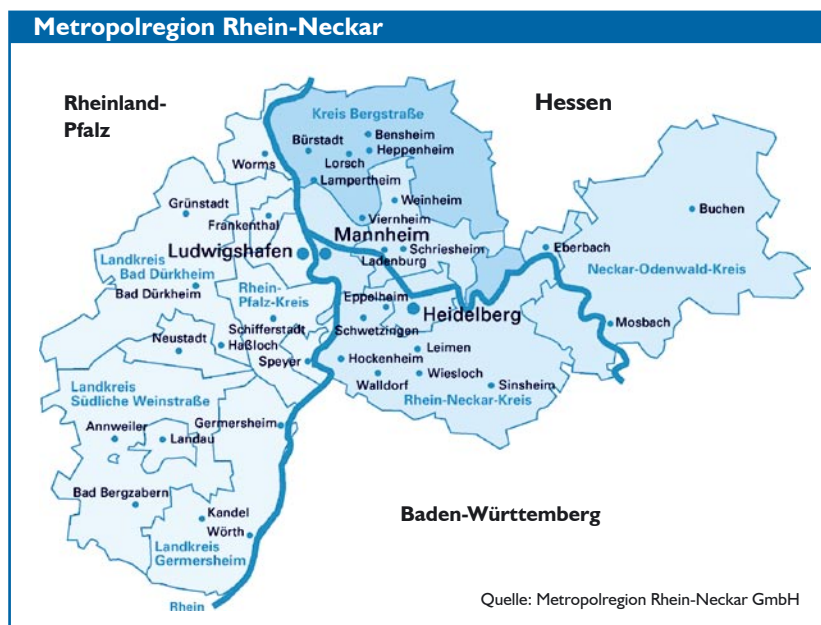
Strategie für 300

von Christine Brockmann

Ein Vorschlag für eine regionale E-Government-Strategie wurde in der Metropolregion Rhein-Neckar erarbeitet. Dabei wurde auf zwei Faktoren besonderer Wert gelegt: Einbindung aller beteiligten Akteure und Durchführung einer umfassenden Ist-Analyse.

Die Europäische Metropolregion Rhein-Neckar im Südwesten Deutschlands zeichnet sich durch ein einmaliges Zusammenspiel von Wirtschaftskraft, Wissenschaft und Lebensqualität aus. Eine besondere Herausforderung für die gemeinschaftliche Regionalentwicklung ergibt sich aus der speziellen geografischen Lage an der Schnittstelle der drei Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Zudem ist die Region durch eine polyzentrische Siedlungsstruktur gekennzeichnet: Die fast 300 Gemeinden verteilen sich auf insgesamt 15 Stadt- und Landkreise. Gleichwohl kann die Metropolregion auf eine lange Tradition der regionalen Zusammenarbeit zurückblicken, die mit dem Staatsvertrag vom Juli 2005 auf eine neue Grundlage gestellt wurde.

Die Ziele für die gemeinschaftliche Regionalentwicklung sind ambitioniert. Im Jahre 2015 soll die Metropolregion Rhein-Neckar eine der attraktivsten und wettbewerbsfähigsten Regionen in Europa sein. Der Verwaltung kommt hierbei eine entscheidende Rolle zu, da aus Sicht der Wirtschaft die einfache und schnelle Abwicklung von Verwaltungsprozessen ein wichtiger Standortfaktor ist. Des-



halb herrscht auch in dem Projekt „Wirtschaft trifft Verwaltung“, in dem Vertreter aus Unternehmen, Kammern und Kommunen gemeinsam konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Verwaltungsabläufe und -strukturen in der Region erarbeiten, die Überzeugung vor, dass an dem Aufbau eines wirtschaftsorientierten E-Government auf regionaler Ebene kein Weg vorbeiführen wird. Zumal in der Entwicklung von regionalen E-Government-Strukturen nicht zuletzt eine große Chance gesehen wird, den Integrationsprozess in der Region voranzutreiben. Die Schaffung eines zentralen Zugangs zur Verwaltung und die Vereinheitlichung

von Verwaltungsprozessen mit regionaler Dimension würden bei vielen Unternehmen erheblich zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands beitragen.

Ogleich von E-Government-Angeboten für die Wirtschaft große Effizienzgewinne sowohl für die Unternehmen wie für die Verwaltung erwartet werden, sind im Vergleich zur Bundes- oder Landesebene entsprechende Initiativen im kommunalen Bereich nach wie vor eher selten. Die Erklärung hierfür ist einfach: Die Prozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung weisen oftmals eine hohe Komplexität und eine Vielzahl an Beteiligten auf, die

häufig in verschiedenen Behörden oder sogar auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen angesiedelt sind. Auch ist inzwischen bekannt, dass die eigentlichen Effizienzpotenziale nicht an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Verwaltung liegen, sondern vielmehr in den vor- und nachgelagerten Prozessen innerhalb der jeweiligen Organisationen. Eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung eines wirtschaftsorientierten E-Government erfordert letztlich eine Verknüpfung der Verwaltungsverfahren mit den Geschäftsprozessen der Unternehmen. Um diese Prozessketten wirklich elektronisch abbilden und dabei auch neue Formen des Zusammenwirkens zwischen Wirtschaft und Verwaltung etablieren zu können, bedarf es sowohl einer modernen IT-Infrastruktur als auch spezieller Kenntnisse bei der Entwicklung von Anwendungen. Und hier schließt sich der Kreis, weil in der Regel einzelne Kommunen weder über die erforderlichen Investitionsspielräume noch über das notwendige technische, fachliche und organisatorische Know-how verfügen.

Wollen die Kommunen dennoch ein derartig anspruchsvolles Unterfangen wie die Entwicklung eines wirtschaftsorientierten E-Government in Angriff nehmen, müssen sie zusammenarbeiten und Strukturen schaffen, die ein hohes Maß an Verbindlichkeit aufweisen sowie Planungssicherheit bieten.

Aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung kann und wird ein solcher Zusammenschluss mehrerer Kommunen allerdings nur auf freiwilliger Basis und aus Überzeugung erfolgen können. Diese Erkenntnis war der Auslöser für die Erarbeitung eines Vorschlags für eine regionale E-Government-Strategie, auf dessen Grundlage die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft nunmehr über den Aufbau eines wirtschaftsorientierten E-Government in der Metropolregion Rhein-Neckar entscheiden können. In dem Strategiepapier wird dargelegt, dass es eine hinreichende Anzahl von Prozessen zwischen Wirtschaft und kommunaler Verwaltung gibt, die den Aufbau einer E-Government-Plattform auf regionaler Ebene rechtfertigt, und es wird aufgezeigt, welche technologischen Anforderungen an die Plattform gestellt werden, wie das Vorhaben organisatorisch realisiert werden kann und welche Finanzierungsmöglichkeiten in Frage kommen.

Bei der Ausarbeitung der E-Government-Strategie wurden insbesondere zwei erfolgskritische Faktoren berücksichtigt. Zum einen wurde die Strategie im Dialog mit Vertretern aus Verwaltung, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und der IT-Industrie entwickelt. Durch diese kooperative Herangehensweise konnten nicht nur viele unterschiedliche Akteure ihre Expertise einbringen, sondern auch die verschiedenen Erwartungen und Interessen frühzeitig berücksichtigt werden. Zum anderen gründet die Strategie auf einer umfassenden Analyse der Ausgangslage in der Metropolregion und dem Abgleich mit aktuellen E-Government-Initiativen und

-Projekten. Die Ermittlung des Bedarfs auf Seiten der Wirtschaft, die Identifizierung E-Government-fähiger Prozesse, die Bestandsaufnahme kommunaler Angebote und vorhandener IT-Systeme sowie die Evaluierung anderer Geschäfts- und Betreibermodelle stellen eine empirische Fundierung der ausgesprochenen Handlungsempfehlungen sicher. Insgesamt folgte die Ausarbeitung der regionalen E-Government-Strategie einem innovativen Ansatz, der einem ganzheitlichen Verständnis von E-Government geschuldet ist. So wurde nicht nur ein Perspektivwechsel von der Verwaltung zu den Nutzern und von der Technik zur Organisation vollzogen, sondern es erfolgte auch ein Umdenken in technologischer Hinsicht: weg von isolierten Fachanwendungen hin zu einer elektronischen Unterstützung organisationsübergreifender Prozessketten.

Auf der Regionalkonferenz „Wirtschaft trifft Verwaltung“ Ende vergangenen Jahres diskutierten rund 150 Vertreter aus Unternehmen, Kammern, Politik und Verwaltung die Eckpunkte der vorgeschlagenen E-Government-Strategie. Sollte diese Strategie realisiert werden, dann wäre die Metropolregion Rhein-Neckar auch bestens aufgestellt für neue Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation wie Shared Services, ebenso wie für Herausforderungen, die beispielsweise im Zuge der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf die Kommunen zukommen.

Dr. Christine Brockmann ist bei der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH für den Bereich E-Government verantwortlich.

Link-Tipp

Die Metropolregion Rhein-Neckar ist im Internet zu finden unter:

- www.m-r-n.com

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.